

Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialen Frage – 1g2 Unterrichtsergebnis

Maßnahmen des Staates	Arbeiterbewegung	SPD	Marxisten	Kirche
<p>a) Sozialistengesetze</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vereine, Versammlungen und Druckschriften der Arbeiterbewegung wurden verboten - Bestrafung mit Geldstrafen und Gefängnisstrafen (1 Monat – 1 Jahr) <p>→ Maßnahmen haben sich nicht bewährt, Arbeiterbewegung setzte sich durch</p> <p>b) Sozialgesetze</p> <p>Einführung der Versicherungen für Arbeiter (Unfall-/Invalidenversicherung, Altersversicherung)</p>	<p>(Arbeiterkongress 23.8.1848)</p> <p>→ Wichtig für die politischen Ziele der Arbeiter</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeiter werden nicht als Individuen anerkannt - Fehlende Gleichberechtigung - Ziel: Umgestaltung der politischen Landschaft → Einforderung von mehr Rechten - Schaffung einer Interessensorganisation durch den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein - Falls Ziele nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden können, ist man bereit, notfalls zu Gewalt zu greifen 	<ul style="list-style-type: none"> - Fehlendes Privateigentum an Produktionsmittel → Forderung nach Umwandlung in gesellschaftliches Eigentum - Einführung des Sozialismus, u.a. durch Verstaatlichung - Abschaffung von Klassenprivilegien → Ziel: gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle, unabhängig von Geschlecht und Herkunft - Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung <p>→ Aufstellen von 15 Programmpunkten: u.a. allgemeines Wahlrecht für alle ab 20, direkte Gesetzgebung durch das Volk; Meinungsfreiheit/Versammlungsfreiheit; Emanzipation der Frau (Gleichberechtigung); Schulpflicht (kostenloser Unterricht); Abschaffung der Todesstrafe; kostenlose ärztliche Hilfsleistungen, Steigerung des allgemeinen Einkommens; Arbeiterversicherung durch den Staat</p> <p>→ Ziel: Arbeiterschutzgesetzgebung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Zweiklassengesellschaft: Ausbeuter – Ausgebeutete (Unternehmer – Arbeiter) → Änderung des Systems durch Revolution - Forderungen: Vergemeinschaftung des Eigentums (Verstaatlichung), Staat als Denker/Lenker (→ Planwirtschaft); Zerstörung der Gesellschaftsstruktur bzw. Klassengesellschaft; Forderung nach öffentlicher Bildung für jeden; Schaffung von sozialer Gleichheit - Betonung der Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer und der extremen sozialen Ungleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Berufung auf die Grundprinzipien der kirchlichen Gemeinschaft („Gebot der Nächstenliebe“) - Ursache: Loslösung von der Kirche und den Grundlagen des Christentums - Forderung nach einer Selbstbeschränkung der Reichen - Hilfsmittel seitens der Kirche: Gründung und Leitung der Anstalt für arbeitsunfähige Arbeiter; christliche Gemeinschaft → gegenseitige

Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialen Frage – 1g2 Unterrichtsergebnis

<p><i>Auswirkungen der Maßnahmen auf die Arbeiterschaft</i></p> <p>Sozialpolitische und „hygienische“ Erziehung der Arbeiter → bessere Vorsorge/Achtsamkeit in Bezug auf die eigene Gesundheit</p> <p>Bessere Integration der Arbeiter in Staat und Gesellschaft → Loyalität zum Staat steigt</p> <p>Aufstieg aus dem „Lumpenproletariat“, d.h. Aufstieg aus der völligen Armut → Motivation → Bessere Bildungsmöglichkeiten → Steigendes Konsumverhalten</p> <p>ABER: - Hoffnung Bismarcks, dass sich die Arbeiter von der Sozial-/Arbeiterbewegung</p>		<p><i>Unterschiede zwischen SPD und Marxisten</i></p> <p>Beide haben das Ziel, dem Arbeiter zu mehr Rechten zu verhelfen. Allerdings streben die Marxisten eher den Weg über die „Revolution“ an, während die SPD zunächst mehr auf „politische Diskussion“ (d.h. friedliche Lösung) setzt.</p>	<p>Hilfe; Zusammenarbeit mit den Unternehmern; Vereine zur Unterstützung der Arbeiterschaft</p>
---	--	---	---

Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialen Frage – 1g2 Unterrichtsergebnis

lossagen, hat sich nicht erfüllt			
- Invaliden/Arbeitslose bleiben lange Zeit benachteiligt			